

## Anträge für den Kreisschülerrat Bergstraße am 10.12.2019



### **Antrag 01.**

#### **„Unterstützung des Neubaus eines Gymnasiums in Lorsch“**

Der Kreisschülerrat möge beschließen:

Der Kreisschülerrat spricht sich für die auf den Regionalkonferenzen zum neuen Schulentwicklungsplans aufgekommene Idee aus, in Lorsch ein neues Gymnasium zu bauen. Dieses soll mindestens 4-Zügig sein. Bei der Planung der Schule soll überprüft werden, ob eine Ansiedlung des Gymnasiums an demselben Standort, an dem auch eine neue Grundschule in Lorsch entstehen soll, möglich ist.

Gleichzeitig erkennt der Kreisschülerrat an, dass der Bau des Gymnasiums keine kurzfristige Lösung für die steigende Zahl an Gymnasiast\*innen in der Region sein kann. Daher sollen die schon bestehenden Gymnasien und Schulen mit gymnasialen Zweigen in Bensheim und Heppenheim organisatorisch und baulich so unterstützt werden, dass sie die kurz- und mittelfristig starke Belastung an Schüler\*innen bis zur Eröffnung der neuen Schule bewältigen können. Beispielsweise könnte ein Ausbau des Gymnasialzweigs der Geschwister-Scholl-Schule in Bensheim angestrebt werden, um andere Schulen mit weniger Ausbaupkapazitäten zu entlasten.

#### **Begründung:**

Der Neubau ist notwendig, da der prognostizierte andauernde Schüler\*innenanstieg in Lorsch und Umgebung in den kommenden Jahren nicht durch das bestehende Schulangebot zu bewältigen ist. Gerade die Bensheimer Gymnasien, die momentan die meisten Lorsch Gymnasiast\*innen besuchen, sind schon heute gut besucht und werden durch die auch dort steigenden Schüler\*innenzahlen in den kommenden Jahren an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen. Somit können diese nicht mehr den gesamten Zustrom an Lorsch Gymnasiast\*innen aufnehmen. Ein eigenes Gymnasium in Lorsch würde dieses Problem beheben und gleichzeitig die Bensheimer Gymnasien entlasten.

Zusätzlich hätten die Lorsch Schüler\*innen die Möglichkeit, ein Gymnasium in unmittelbarer Nähe zu besuchen, was ihnen das Pendeln nach Bensheim oder Heppenheim ersparen würde.

Da ein Schulbau vermutlich deutlich über fünf Jahre dauert, müssen bis zur Eröffnung der neuen Schule Maßnahmen ergriffen werden, die die schon existenten umliegenden Gymnasien und Schulen mit gymnasialen Zweigen entlasten. Die Geschwister-Scholl-Schule hat nach eigener Aussage noch verfügbare Kapazitäten, daher erscheint ein Ausbau des dortigen Gymnasialzweigs sinnvoll.

### **Antrag 02:**

#### **„Unterstützung eines kreisweiten Jugendparlaments“**

Der Kreisschülerrat möge beschließen:

- (1) Der Kreisschülerrat unterstützt die im Kreis diskutierte Idee eines Bergsträßer Kreisjugendparlaments

## (2) Die Ausgestaltung des Kreisjugendparlaments

- a. Das Kreisjugendparlament soll so ausgestaltet werden, dass es auf größtmögliche Integration aller Teile des Kreises abzielt und einer Konzentration auf Ballungsräume, wie beispielsweise Heppenheim und Bensheim, entgegenwirkt.
- b. Das Kreisjugendparlament soll konkrete Möglichkeiten erhalten, an der Kreispolitik teilzuhaben und Vorschläge in die Kreispolitik einzubringen. Solche Möglichkeiten können beispielsweise ein Anhörungsrecht in Kreistagsausschüssen, ein Anhörungsrecht im Kreistag oder ein Vorschlagsrecht im Kreistag sein.

- (3) Der Vorstand wird beauftragt, das Thema weiter zu verfolgen und im Dialog mit den Akteuren der Kreispolitik - beispielsweise den Jugendparteien, kommunalen Jugendparlamenten und dem Landrat – Anregungen für eine konkrete Umsetzung zu geben.

### **Begründung:**

Die Partizipation von Jugendlichen auf kommunaler Ebene sehen wir als Kreisschüler\*innenvertretung als wichtige Aufgabe für die Zukunft an. Die Kommunalpolitik lebt von dem Engagement von Ehrenamtlichen. Dabei sollen alle Teile der Bevölkerung repräsentiert werden. Für junge Menschen, die kein aktives und passives Wahlrecht haben, gibt es kein Gremium, in dem sie aktiv Einfluss auf Kreispolitik nehmen können. In Jugendparteien und den Schüler\*innenvertretungen ist Einfluss zwar möglich, jedoch sind dies Gremien, welche keine der in (2) b. geforderten Partizipationsmöglichkeiten beinhalten.

Die Errichtung eines Kreisjugendparlamentes würde das Interesse der Jugendlichen an kommunalpolitischen Themen steigern. Die vorhandenen Jugendparlamente von Städten decken nicht alle jugendpolitisch relevanten Themen ab. Die Themen Schule und ÖPNV zum Beispiel werden hauptsächlich auf Kreisebene und nicht auf Stadtebene diskutiert.

Zu (3):

Nur durch intensive Gespräche mit allen beteiligten Gruppen, ist es möglich ein sinnvolles Konzept für ein Kreisjugendparlament zu entwickeln. Ein offener Diskurs ist notwendig, um alle in (2) aufgeführten Punkte zu erreichen. Ein Jugendparlament muss so gestaltet werden, dass es anerkannt wird. Ausschließlich so kann ein Jugendparlament erfolgreich und handlungsfähig im Namen der Jugendlichen sein.

## **Antrag 03**

### **„Kommunalpolitische Bildung an Bergsträßer Schulen stärken“**

Der Kreisschülerrat möge beschließen:

Der Kreisschülerrat beauftragt den Vorstand, einen Rundbrief an alle weiterführenden Bergsträßer Schulen zu verfassen, in denen diesen vorgeschlagen wird, eine\*n Kommunalpolitiker\*in einzuladen, der mit den Politik-und-Wirtschafts Kursen der E-Phase (an Gymnasien) bzw. der jeweiligen Abschlussjahrgänge (an Haupt- und Realschulen) der jeweiligen Schulen über seine Arbeit spricht. In

diesem Brief sollen die Politik-und-Wirtschafts Kurse außerdem gebeten werden, das Treffen im Unterricht vorzubereiten.

Gleichzeitig sollen auch die Bürgermeister\*innen und Orstvorsteher\*innen der Bergsträßer Kommunen über die Aktion informiert werden. Hierbei soll auch auf die Verpflichtung zur Neutralität hingewiesen werden.

**Begründung:**

Kommunalpolitik ist im politischen Bewusstsein von Schüler\*innen stark unterrepräsentiert, was dafür sorgt, dass sich junge Menschen weniger oft in die Politik einbringen, denn gerade Kommunalpolitik ist oft der erste Einstieg in politisches Engagement.

Das liegt unter anderem daran, dass das Thema im Politik-und-Wirtschaftsunterricht ausschließlich in der Sekundarstufe I behandelt wird, und es somit größtenteils aus ihrem Bewusstsein verschwunden ist, bis die Schüler\*innen ein Alter erreichen, indem sie sich aktiv in die Kommunalpolitik einbringen können.

Ein Besuch von Kommunalpolitikern in der E-Phase kann genau diesem Effekt entgegenwirken, er frischt das in der Sekundarstufe I Erlernte wieder auf und bereichert das theoretische Wissen der Schüler\*innen durch Erfahrungen aus der Praxis.